

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 21 (1918-1919)

Artikel: Irland eine Republik?
Autor: Zimmermann, F.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-749196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IRLAND EINE REPUBLIK?

Die am 23. Januar von Reuter gemeldete Proklamation der irischen Republik durch die in Dublin anwesenden Sinn-Feiner, die Mitglieder der Parlaments sind, dürfte die britische Regierung nicht überrascht haben, — kam doch zu gleicher Zeit auf dem Wege der italienischen Presse die Nachricht aus London, dass der am 20. d. M. in Dublin eingetroffene neue Staatssekretär für Irland, Macpherson, die in Kraft stehende Suspendierung des Versammlungsrechts sofort aufgehoben habe „um der Aktion der Sinn-Feiner den präjudizierenden Charakter einer ungesetzlichen Handlung zu nehmen“ (Morgenblatt N. Z. Z. 23 d. J.). Übrigens wurde schon Wochen vorher in der englischen Presse von der zu erwartenden Erklärung der „Irischen Republik“ gesprochen.

Wie wird sich nun die britische Regierung gegenüber dieser neuen „Republik“ verhalten? Schon die Maßnahme des neuen Staatssekretärs deutet darauf hin, dass sie nicht gesonnen ist, die Proklamation sehr tragisch zu nehmen, so lange nämlich die Revolutionäre es bei großen Worten und Erklärungen bewenden lassen und sich nicht etwa zu Taten hineinreißen lassen. Denn nach englischen Begriffen klafft ein gewaltiger Abgrund zwischen bloßen Worten und der Tat. So wird zum Beispiel im Hyde Park zu London an den meisten Sonntagen des Jahres die „Republik“ erklärt und was die Erklärung der Irischen Republik im besondern anbetrifft, so ist auch diese keineswegs etwas Neues. Der Unterschied ist nur der, dass es diesmal 30 oder 40 ins Parlament gewählte Volksvertreter sind, und nicht ein Häufchen unverantwortlicher Heißsporne, wie bei dem letzten Dubliner-Putsch anno 1916 oder bei den Fenier Unruhen in den 60er und 70er Jahren, und dass diese auf der Friedenskonferenz ihr Recht der Selbstbestimmung für Irland geltend machen wollen.

Merkwürdigerweise ist von Anfang des Krieges an das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationalitäten gerade von der britischen Regierung als eines ihrer hauptsächlichsten Kriegsziele hervorgehoben worden, wie es denn auch schon seit fast einem Jahrhundert als das Grundprinzip anerkannt worden ist, auf dem das britische Reich aufgebaut ist. Die Glieder dieses Reiches von europäischer Rasse wie Kanada, Australien, Südafrika sind bekanntlich autonome Ge-

meinwesen, deren Zugehörigkeit zu der großen britischen Staatsfamilie auf ihrem freien Willen beruht, und sogar in Kolonien mit farbigen Rassen wie Indien sind bereits die einleitenden Schritte getan worden, um das gleiche Verhältnis zu dem Mutterlande herzustellen. Wie kommt es nun, dass Irland scheinbar die einzige Ausnahme bildet, und nun von einer internationalen Konferenz die Erzwingung des Rechtes, sein Schicksal nach eigenem Gutdünken auszugestalten, suchen muss, oder suchen zu müssen vorgiebt? Sollte Großbritannien mit Irland allein eine Ausnahme machen und ihm allein gegenüber den Unterdrücker spielen?

Die Antwort darauf gibt die Geschichte Irlands seit dem letzten halben Jahrhundert und sie lautet: Das Recht der Selbstbestimmung ist Irland von Großbritannien so wenig versagt worden wie den übrigen Gliedern des Reiches, und hätte eine überwiegende Mehrheit des irischen Volkes einmal davon Gebrauch machen wollen, so wäre der britischen Regierung nach ihrer eigenen Theorie und Praxis keine andere Wahl geblieben, als ihm die gewünschte Freiheit zuzugestehen. Und das ganz abgesehen von der Frage, ob die irische Autonomie Großbritannien oder Irland selber zum Vorteil gereichen würde oder nicht; denn auch das ist eine britische Maxime, wie der verstorbene liberale Premier-Minister Sir Henry Campell Bannermann gerade in bezug auf Irland bemerkte: „Die beste Regierung ist kein Ersatz für die Freiheit.“

Freilich sind die unglücklichen politischen Zustände Irlands und seine gegenwärtige politische Abhängigkeit von Großbritannien ursprünglich auf eine verkehrte Siedlungspolitik zurückzuführen, die von normannischen Zeiten bis ans Ende des 17. Jahrhunderts von England befolgt wurde, eine Politik, die zwei Jahrhunderte später von der deutschen Regierung als nachahmungswürdig für ihre polnischen Provinzen erachtet wurde, nachdem sie England schon lange als eine schwere politische Sünde erkannt und verworfen hatte. Ihre Folgen aber waren nicht leicht wieder rückgängig zu machen: Der größere Teil des nördlichen Irlands, Ulster, und kleinere Enklaven im Süden und Osten waren von Leuten angelsächsischer Abstammung besiedelt; der Großgrundbesitz war in die Hände des englischen und schottischen Adels übergegangen und dazu kam der konfessionelle Unterschied, indem die britischen Kolonisten protestantisch waren, während die Masse des alt-irischen Volkes

dem katholischen Glauben anhing. Von Chathams Zeiten an ist die britische Regierung mit der Mehrzahl des Volkes in England und Schottland hinter ihr bestrebt gewesen, das alte Unrecht wieder gut zu machen. Der Akt der Union mit Großbritannien in 1800 war nichts anderes als ein Versuch, die Macht des anglo-irischen Adels zu brechen. Nacheinander wurde die irisch-katholische Kirche emanzipiert, das Stimmrecht im gleichen Maße wie in England erweitert und Irland erhielt der Kopfzahl nach fast zweimal so viel Vertreter im Parlament wie Großbritannien. Gladstone brachte zweimal ein irisches Homerulegesetz zur Abstimmung vor das Parlament, allerdings noch ohne Erfolg, bis es endlich Mr. Asquith gelang, unter Zustimmung und Mitwirkung der nationalen irischen Partei den bekannten Homeruleakt von 1914 in beiden Häusern durchzusetzen. Unterdessen hatten die britischen Regierungen seit 1902 es nicht unterlassen, durch Landrückkaufsgesetze und staatliche finanzielle Unterstützungen, die sich auf mehrere hundert Millionen Pfund belaufen, auch von der wirtschaftlichen Seite her das alte Unrecht wieder gut zu machen, so dass heute $\frac{4}{5}$ des gesamten Grundbesitzes das Eigentum freier Bauern geworden sind und der andere Fünftel binnen wenigen Jahren ebenfalls in ihren Besitz übergehen wird. Irland und der irische Bauer sind heute wirtschaftlich besser gestellt als irgendein anderes Land in Europa, wozu der Krieg wesentlich beigetragen hat, indem die allgemeine Wehrpflicht schonenderweise nicht auf Irland ausgedehnt wurde, und der irischen Landwirtschaft die Arbeitskräfte erhalten blieben.

Das heutige Irland hat also weder politisch noch wirtschaftlich irgend welchen Grund, sich über die britische Regierung zu beklagen, aber so schwer ist es, wie auch Bismarck in seinen Erinnerungen bemerkte, ein politisches Unrecht zu sühnen, selbst wenn es vor Hunderten von Jahren begangen worden ist, dass Irland trotz all diesem offenbar guten Willen heute noch nicht zur Ruhe kommen kann. Noch heute ist nichts charakteristischer für Irland als das abgründige Misstrauen und die unausrottbaren Vorurteile zwischen den beiden irischen Parteien; denn auch die angelsächsische Ulster Partei ist im Laufe der Jahrhunderte in allen wesentlichen Punkten irisch geworden. An diesem Misstrauen scheiterten auch alle neueren Versuche zu einer Verständigung, und kurz vor Ausbruch des Weltkrieges stunden sich die beiden Parteien über

der durch die Annahme des Aktes von 1914 scheinbar glücklich gelösten Frage der Autonomie bis zu den Zähnen bewaffnet gegenüber. Die protestantische Minderheit in Ulster erklärte, lieber im letzten Graben für ihre Freiheit sterben zu wollen als sich die Tyrannei eines irischen Parlaments gefallen zu lassen, in welchem sie die permanente Minorität bilden würde, während die nationalistische Mehrheit von der britischen Regierung verlangte, dass sie das unbotmäßige Ulster mit Gewalt zur Unterwerfung zwingen, andernfalls sie selber über die Rebellen herfallen würde. Aber eine Minderheit von einem Drittel der irischen Bevölkerung mit den Waffen zur Selbstregierung zu zwingen, dazu konnte sich die britische Regierung nicht hergeben und es drohte der helle Bürgerkrieg in Irland auszubrechen, als Deutschland Belgien überrannte, offenbar unter dem Eindruck, dass England durch die Zustände in Irland verhindert sein würde, in den Krieg einzutreten. Dem patriotischen Geist, der trotz ihres häuslichen Streites alle Irländer beseelte, gereicht es zur Ehre, dass sie einen Burgfrieden schlossen, bis die Freiheit nach außen gesichert wäre und die Hoffnung lebte auf, dass die Irländer über dem gemeinsamen Kampf für hohe Ideale versöhnlicher gegeneinander gestimmt würden und der Krieg am Ende sogar zum Segen für Irland ausschlagen könnte. Aber in dem Maße, wie er sich in die Länge zog, schwand diese Illusion und zwar nicht ohne die Schuld der britischen Militärbehörden, die eigensinnig auf der Gleichförmigkeit ihrer Organisation bestanden und keine separaten nationalistischen und Ulsterdivisionen dulden wollten. Auch die Haltung der britischen Zivilbehörden in Dublin ließ zu wünschen übrig. Auf sie schien der Homeruleakt eine lähmende Wirkung gehabt zu haben, indem sie im Vertrauen auf das kommende nationale Regime überhaupt kaum irgendwelche Regierungsgewalt mehr ausübten. Ihre Sorglosigkeit ermöglichte den Dubliner-Putsch zu Ostern 1916, der von einer Handvoll politischer Heißsporne, junger und ziemlich unerfahrener Intellektueller, eben unserer Sinn-Feiner, inszeniert wurde, denen sich der von jeher anarchische Dublinerpöbel anschloss. Zu seiner Unterdrückung mussten halb ausgebildete englische Miliztruppen verwendet werden, die in ihrem Eifer aus der Mücke einen Elefanten machten und, in jedem Irländer einen verkappten Sinn-Feiner vermutend, wahllos dreinschlugen, bis sie mit ihren Verhaftungen und

Kriegsräten und einigen Erschießungen den Zorn des ganzen Landes erregt hatten. Eine bessere Propaganda hätten sich die Sinn-Feiner nicht wünschen können und ihr ist es zuzuschreiben, dass die Friedensmission, die Lloyd George bald darauf unternahm, trotz aller seiner Bemühungen „in dem Sumpf des Misstrauens“, wie er sich ausdrückte, stecken blieb. Nachdem dieser Staatsmann, ein aufrichtiger Freund Irlands, selber Premier geworden war, machte die britische Regierung, um wenigstens jeden Verdacht der Einmischung von Seiten Englands auszuschalten, den Vorschlag eines Nationalkonvents, an dem ausschließlich Irländer Sitz und Stimme haben und alle politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes vertreten sein sollten, einschließlich der Sinn-Feiner, und sie verpflichtete sich von vorneherein, *jede* Verfassung anzunehmen, für die sich eine entschiedene Mehrheit finden würde. Der Konvent trat auch wirklich im Sommer 1917 zusammen unter dem Vorsitz des Sir Horace Plunket, der wegen seiner hohen Verdienste um die irische Landwirtschaft und seines anerkannten irischen Patriotismus bei allen Parteien in hohem Ansehen stand. Die Kommissionen des Konvents bereisten alle Teile Irlands, stellten weitgehende und sorgfältige Untersuchungen an und tagten monatelang; wieder stiegen die Hoffnungen auf einen versöhnlichen Ausgang, bis auch dieser Versuch endlich wieder in den „Sumpf des Misstrauens“ versank.

Die Geschichte des irischen Konvents ist nichts anderes als die konzentrierte Geschichte Irlands seit einem halben Jahrhundert. Was in andern Teilen des britischen Reiches, in Kanada, in Australien und sogar in Südafrika, kurz nach dem Burenkrieg, unter Förderung der Regierung Großbritanniens, möglich gewesen war: der Zusammenschluss einzelner Kolonien zu einem autonomen Gemeinwesen, hat sich in Irland bisher als unmöglich herausgestellt. Schuld daran ist nicht die britische Regierung, die in Irland genau dieselbe Politik verfolgt und seit mehreren Generationen verfolgt hat, wie in den übrigen Teilen des britischen Reiches. Schuld daran sind vielmehr die historischen Vorurteile und das Misstrauen unter den Iren selber, von denen die eine, größere, Partei Irland als eine von der Natur gegebene geographische politische Einheit betrachtet und die Minderheit mit Gewalt zur Anerkennung ihrer Ansicht *zwingen* will, die andere, kleinere, in einem allirischen Parlament eine Gefahr für ihre

Freiheit wittert und ihre einzige Sicherheit in dem politischen Anschluss an Großbritannien sieht. An diesem unüberbrückbaren Zwiespalt würde auch die neueste Anregung zu einer Umwandlung des Vereinigten Königreiches in einen Bundesstaat, in dem England, Schottland, Wales, das keltische und das angelsächsische Irland gleichberechtigte Glieder wären, keinen Unterschied machen. Aber auch die nun proklamierte „Republik Irland“ würde noch viel weniger Aussicht auf die Beruhigung Irlands bieten; denn es müsste in dieser zu einer gewaltsamen Unterwerfung des Nordens kommen, die England seinem überlieferten Grundsatz der freiwilligen Vereinigung und des Rechts der Selbstbestimmung gemäß unter keinen Umständen dulden könnte. Es müsste zu einem Kriege kommen, in welchem nicht nur das irische Ulster, sondern auch Großbritannien erst geschlagen und vernichtet werden müssten, ehe die Republik freie Bahn bekommen könnte.

Dass also die Republik Irland vorläufig noch eine Unmöglichkeit ist, liegt auf der Hand und sie wird wohl auch nicht ganz ernst genommen werden, weder in England noch in Irland selber. Dass die alte, politisch hochgeschulte nationalistische Partei bei den letzten Wahlen zu gunsten der Sinn Fein das Feld räumen musste, ist nicht mehr verwunderlich, als der kürzliche Wahlsieg der Lloyd George'schen Koalition in Großbritannien. Dieser ist dem natürlichen Gefühl der Dankbarkeit des Volkes für den glücklich zu Ende geführten Krieg zuzuschreiben, einem Gefühl, das in eben dem Maße schwinden wird, wie die ungeheuren Schwierigkeiten des sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues wachsen. Aehnlich glaubten die irischen Bauern die Abwendung der allgemeinen Wehrpflicht und ihren daherigen wachsenden Wohlstand der Sinn Fein verdanken zu müssen, und sie stimmten aus Dankbarkeit für die Sinn-Feiner. Treten aber die Fragen der Märkte, der finanziellen Unterstützung Irlands durch die britische Regierung und der übrigen volkswirtschaftlichen Fragen wieder mehr in den Vordergrund, so werden auch die Reize der Republik wieder verblassen. Irland ist eben durch seine geographische Lage und die festen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bande, die sich im Laufe der Jahrhunderte gewoben haben, mit der Schwesterinsel untrennbar verbunden, eine Tatsache, die jeder verständige Irländer, von welcher Partei er auch sei, sehr wohl einsieht. Er weiß recht wohl, dass

nur die Selbstregierung, aber nicht eine Lostrennung von Großbritannien möglich ist und dass die erstere nicht von dem guten Willen der britischen Regierung, die sie schon lange gewünscht und erstrebt hat, sondern von der wachsenden Einsicht des irischen Volkes abhängig ist. Die Erklärung der Republik dürfte also keine weitere Bedeutung haben als die vieler anderer Episoden, die sich in der unruhvollen Geschichte Irlands abgespielt haben: es ist der Ausdruck der Verstimmung über die herrschenden politischen Zustände, die darum nicht weniger bitter empfunden wird, weil sie in dem Geiste der eigenen Unverträglichkeit und Intoleranz wurzelt.

LONDON

F. G. ZIMMERMANN



MESSAGE DE LA SECTION FRANÇAISE
DU COMITÉ INTERNATIONAL DE FEMMES POUR
UNE PAIX DURABLE,
ADRESSÉ AUX FEMMES ALLEMANDES DU CONGRÈS INTERNATIONAL
DE ZÜRICH

Séparées depuis quatre années, femmes françaises, femmes allemandes nous nous retrouvons enfin, nous à qui les maîtres et les esclaves de la guerre ont prétendu faire un devoir d'être ennemies. Nous avons refusé. Nous avons dit non au mensonge séculaire qui crée la guerre, qui l'éternise.

En ce jour où, pour la première fois, nos mains qui se cherchaient dans la nuit peuvent s'unir, nous voulons redire ensemble ce que nous avons dit de chaque côté de l'effroyable frontière de sang, car ce sont les mêmes paroles, les mêmes pensées:

Parce que nous sommes les mêmes, parce que nous sommes une seule humanité, parce que notre travail, nos deuils et nos joies sont les mêmes, parce que nos enfants sont les mêmes enfants, nous protestons contre l'invention meurtrière d'un „Ennemi héréditaire“, contre le préjugé des races ennemies.

Français, Allemands, les soldats qui se sont entretués, sont pour nous les mêmes victimes. Ce sont nos frères, ce sont nos sœurs qui souffrent partout où s'acharne la guerre. Nous ne voulons pas de vengeance.

Nous n'avons en nous de haine que contre la guerre, la grande atrocité qui contient toutes les autres. Nous n'acceptons rien d'elle, nous repoussons l'orgueil de la victoire, la rancune de la défaite.

Nous qui survivons au grand crime, nous devons, en ce jour, nous souvenir d'abord de notre commune défaillance. Souvenons-nous des tortures qu'ont subies en notre nom, au nom de nos peuples, les soldats, les prisonniers, les populations de l'arrière. Souvenons-nous de notre légèreté d'avant la guerre, de notre insouciance en face des excitations, des calomnies, de notre peu de zèle à sauver la paix.

Liées par la même foi et par le même devoir, nous nous engageons à consacrer notre vie au culte et à la sauvegarde de la paix, à la lutte contre la guerre qui, par la colère, le mépris, l'injustice, survit aux millions de ses morts. Toutes les femmes contre toutes les guerres!

A l'œuvre! Publiquement, en face de ceux et de celles qui se vouent une haine éternelle, unissons-nous, aimons-nous...